

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 5000 Mark. Einzelne Nummern 200 Mark.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Anknüpfungszelle 400 R., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Zeile 800 R., unter Eingefandt 1000 R. Gemäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landes-Kulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabgleich der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplanken auf den Staatsschneidereien.
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptgeschäftsführer Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 113

Donnerstag, 17. Mai

1923

Außenpolitische Debatte im Reichstag.

355. Sitzung vom 16. Mai.

Der Reichstag erledigte in seiner letzten Sitzung vor den Pfingstferien zunächst eine Reihe kleiner Vorlagen und trat dann in die Beratung der Etats des Reichspräsidenten, des Reichskanzlers und des Reichsjustizministers ein. In der vor dem Plenum stattgefundenen Sitzung des Ausschusses für die Beratung der Etats des Reichspräsidenten, des Reichskanzlers und des Reichsjustizministers wurde über die Frage, ob man die Etatsberatung für den Ausgangspunkt einer großen politischen Debatte machen wollte, keine Einigung erzielt. Als erster Sprecher erhielt das Wort:

Herr Müller-Franke (Soz.):

Es ist schon vier Wochen her, seit wir uns in diesen Tagen mit den Fragen der auswärtigen Politik beschäftigt haben, und das deutsche Volk würde es nicht verstehen, wollte der Reichstag jetzt in die Pfingstferien gehen, ohne sich über das Ausland zu äußern, was in den letzten vier Wochen auf dem Gebiet der auswärtigen Politik geschehen ist. (Sehr wahr!) Bei den Sozialdemokraten ist eine Reihe von Reden gehalten worden, aber tatsächlich hat sich zugunsten einer Beschränkung der europäischen Verhältnisse leider so gut wie nichts geändert. Wir müssen im Gegenteil feststellen, daß der Terror im besetzten Gebiet nicht unbedeutend zugenommen hat. (Lebhafte Zustimmung.) Ich brauche nur zu erinnern an die Urteile von Mainz und Würzburg. In dem Krupp-Urteil ist zu bemerken, daß wir kein Verständnis für die gewöhnlichen Verhältnisse haben, die in dem Urteil insbesondere gegen Krupp v. Wöhlern gefallen sind. Auf wen glaubt man mit solchen Bemerkungen Einbruch zu machen? Wir wissen, daß Krupp ein Exponent der deutschen Industrie ist, aber ihm kann doch schließlich nachgesagt werden, daß er in der Reihe der Scharnhamer nie besonders hervorgetreten ist. (Lächliches Geklapper.) Sehr richtig! Wir wissen, daß gerade er bestraft gewesen ist wegen der Entwürdigung der Justiz in dem neubestetzten Gebiet. Die Gerechtigkeit gebietet, diese Tatsachen festzustellen. (Lebhafte Bravo!) Will man etwa Einbruch machen auf die Eisenbahnen, die fast zur gleichen Zeit in Mainz zu den schwersten Strafen verurteilt worden sind, weil sie ihre Pflicht dem Deutschen Reich gegenüber getan haben? Während des Krieges haben die Belgier und Franzosen Koblenz auf die Arbeiter, Beamten und Angehörigen gefangen, die sich weigerten, unter der Okkupation zu arbeiten. Diese Leute wurden der Welt als Märtyrer des Patriotismus vorgeführt, während Deutsche, die heute daselbst tun, als Kreaturen der Berliner Regierung abgetan werden. Wenn wir uns die Roten ansehen, welche die deutsche Regierung in den letzten Tagen erließ, so finden wir, daß sie zwar im Ton nicht übereinstimmen, aber inhaltlich das Angebot der deutschen Regierung für ungenügend erklären.

Das einzige Erfreuliche ist, daß die Wege noch nicht verknüpft sind, die zu einer Erfolg versprechenden Verhandlung führen können und schließlich auch führen müssen. Was steht dem in erster Linie entgegen? Die französisch-belgische Note sagt, daß man zu einem Akkord nicht kommen könne, solange der passive Widerstand aufrechterhalten werde. Aber die Frage des passiven Widerstandes haben mein Kollege Breitfuss und ich bereits am 16. und 17. April hier mit aller Deutlichkeit gesprochen und auseinandergesetzt, daß der passive Widerstand nach den Regeln der Gewerkschaftsstatistik geführt wird. Ich möchte nochmals unterstreichen, daß unserer Auffassung nach, alles getan werden muß, um eine Kapitulation zu vermeiden. Gleichzeitig lege ich strenge Verwarnung ein gegen jene deutsch-belgischen Blätter, die in letzter Zeit die Unversöhnlichkeit hatten, zu behaupten, daß meine Freunde und mit ihnen Herren aus den Reihen der Deutschen Volkspartei die Kapitulation vorbereiten. Die französische Regierung könnte endlich einsehen, daß es die Bevölkerung ist, die den passiven Widerstand im besetzten Gebiet trägt. Wenn diese Maßnahmen nicht aus dem freien Willen der Bevölkerung hervorgegangen, sondern von Berlin aus „befohlen“ worden wären, dann wäre der Widerstand unter dem furchtbaren Terror längst zusammengebrochen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Auch der Eisenbahnerstreik ist etwas ganz Selbstverständliches und nur rein äußerlich betrachtet ein Streit. Denn ein Streit richtet sich doch gegen den rechtmäßigen Arbeitgeber, während der Streit gegen die französisch-belgische Besatzung nur in seiner Wirkung dem Streit gleichkommt, ohne mit ihm etwas zu tun zu haben. Die deutschen Arbeiter aller Richtungen haben immer darin

übereingestimmt, daß in solchen Fällen — ich erinnere auch an den Streit gegen die Krupp-Regierung — die Verweigerung der Arbeitstätigkeit höchste patriotische Bürgerpflicht ist. (Lebhafte Zustimmung.) In der deutschen Note ist zu sagen, daß wir es nicht verstehen, daß die Regierung gleich im Anfang auf den passiven Widerstand eingegangen ist. (Sehr richtig! links.) Man soll diesen passiven Widerstand der Bevölkerung der besetzten Gebiete überlassen und sich in den Noten darauf beschränken, diejenigen Fragen zu behandeln, die zur Lösung der Reparationsfrage notwendig sind. Ich glaube, daß es falsch ist, innerpolitische Motive in der Beantwortung einer Note geltend zu lassen, die die wichtigsten Fragen der auswärtigen Politik betrifft. Ich sage das auch deshalb, weil gerade jetzt wieder Berichte im Ausland sind, die behaupten, im Reichsverband der deutschen Industrie sei große Erregung, weil die Sozialdemokratie die letzte Note der Regierung zu hart beurteilt hätte. (Heftiger links.) Von einer so starken Beurteilung ist mir nicht das geringste bekannt. Der Wortlaut der Note ist uns erst durch die Presse bekanntgegeben worden. Wir haben den Aufbau der Note im einzelnen nicht gekannt und auch nicht gewußt, wie wenig Kontext einzelne ihrer Teile sind. (Sehr richtig! bei den Soz.) Gerade zu dieser Frage müssen wir erneut Stellung nehmen. Was kann diesen ganzen Fragenkomplex aber nicht behandeln, ohne festzustellen, daß auch in rein wirtschaftlicher Beziehung die Verhältnisse der letzten Zeit nicht besser geworden sind. Der Dollarstand von 44 bis 44000 muß schon allein einen starken Antriebs geben, von uns aus alles zu tun, um eine Lösung dieser Krise zu erleichtern. Ich gebe zu, daß es ungenügend schwer ist, die deutsche Leistungsfähigkeit im gegenwärtigen Augenblick richtig abzumessen, aber man darf nicht vergessen, daß diese Abminderung nicht nur eine wirtschaftliche Frage, sondern auch ein politisches Problem ist. Ich habe die feste Überzeugung, daß in dem Augenblick, in dem wir wirklich die Entlösung bekommen werden,

Summen für diesen Zweck zu beschaffen wären,

die für keinen anderen Zweck beschafft werden könnten (Sehr richtig! links und in der Mitte), daß sie aus der Wirtschaft zu beschaffen wären. Diese Auffassung wird auch von einer ganzen Reihe von deutschen Wirtschaftlern geteilt. (Sehr richtig! links und in der Mitte.) — Besonders lebhaftes Zustimmung der Hg. Stresemann und Nieger (L. Sp.). Nur die Entlösung kann alles an Kräften freisetzen, was wir brauchen, um überhaupt aus dieser Schicksalsfrage herauszukommen. Wenn es gilt, das Ruhrgebiet zu befreien und im Rheinland wieder rechtmäßige Verhältnisse herzustellen, dann ist kein Opfer groß genug, das nicht ertragen werden kann. Es ist kein Zweifel, daß, in bezug auf die Entsummen, zwischen der deutschen und der englischen Auffassung erhebliche Unstimmigkeiten bestehen. Aber wenn ich mir die verschiedenen Berechnungen über den Gegenwärtigen des deutschen Angebots und der englischen Forderungen ansehe, dann habe ich die Überzeugung, daß die Ziffern, auf die es ankommt, nicht so weit auseinandergehen, daß der Weg des Entgegenkommens nicht beschritten werden könnte, wenn auf beiden Seiten der erste Wille dazu vorhanden ist. Wir dürfen bei einem deutschen Angebot nicht aus den Augen lassen, daß die von Deutschland unter irgendwelchen Modalitäten angebrachten Summen groß genug sein müssen, um den Widerstand der verwüsteten Gebiete in Frankreich und Belgien zu garantieren. (Sehr richtig! links.) Im Rahmen des deutschen Angebots muß der Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete herbeigeführt werden. (Zustimmung links und bei den Dem.) Es kommt, wie ich bereits am 16. April betonte, nicht nur auf die Gesamtsumme an, sondern wichtig, wenn nicht noch wichtiger, sind die Modalitäten, unter denen die Zahlungen erfolgen sollen. So wie die deutsche Wirtschaft jetzt beschaffen ist, kann in den ersten beiden Jahren eine Annuität aus Deutschland selbst nicht herausgezapft werden, es muß der Weg der Anleihe gesucht werden. Und erst danach die Aufgabe, alles zu tun, was zu einem gewissen Zahlungspflan führen und die Anleihen sichern kann. Eine solche Lösung ist ohne internationalen Garantien nicht zu finden. (Sehr wahr! links.) Bedauerlicherweise läßt die deutsche Note gerade in diesem Punkte Kontroversen vermischen. Gerade die französische und belgische Regierung legen Wert darauf, über diese Garantien etwas zu erfahren. Unsere Ziele, die wir auf Goldbasis erheben, sind doch ein Faktor, der etwas bedeutet, wenn man

dem Gegner Kontext sagt, daß man bereit ist, dieses Pfand als Annuität zur Verfügung zu stellen. Wir müssen auch wieder dahin kommen, daß die Eisenbahn, wie in Friedenszeiten, eine willkürliche Goldmarkt übersehbar abwirft. Dieser Übersehbar wurde auch in den Kreis der Erweiterung gezogen werden, wenn es sich um die Zahlungslieferung der Garantien handelt. Man könnte schließlich auch von den Einnahmen des Braunkohlenmonopols leben. Vor allen Dingen aber glaube ich, daß nachdem die Noten der diversen alliierten Regierungen eingegangen sind, es auch an der Zeit ist, etwas Kontreter zu werden in bezug auf die Garantie, die

Industrie, Landwirtschaft, Banken und Handel

geben sollen. Man behauptet, der Reichskanzler hätte Briefe von Führern der Industrie, der Landwirtschaft, des Handels und der Banken in der Tasche, die ihm diese Garantie der Wirtschaft zur Verfügung stellen. Aber solche Privatbriefe mögen noch so höchstpersönliche Unterstellungen tragen, sie sind nicht das, was wir brauchen. Wir müssen einen Schritt weiter gehen und uns darüber klar sein, daß es an der Zeit ist, die notwendigen gesetzgeberischen Vorbereitungen zu treffen, damit wir auch in diesem Punkte etwas Kontreter in die Waagschale werfen können. Ich frage die Regierung, ob sie zu solchen Schritten Vorbereitungen getroffen hat. In diesem Zusammenhang möchte ich daran erinnern, daß meine Parteifreunde seit mehreren Jahren die Forderung vertreten, daß es zu einer Erfassung der Sachwerte kommen soll. Es ist uns immer gesagt worden, der Zeitpunkt dazu wäre gekommen, wenn die Entlösung der Reparationsfrage in Sicht sei und eine endgültige Abgrenzung unserer Verpflichtungen getroffen würde. Ich halte es in der gegenwärtigen Situation an der Zeit, daß die Parteien, die diese Auffassung vertreten, dem In- und Auslande sagen, daß sie bereit sind, auf diesem Gebiete mitzuwirken, weil ich glaube, daß damit einer der Schritte getan ist, die uns wirklich etwas vorwärtsbringen können. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wir sollten uns Ewigem heraus alles tun, was wir können, um zu einer Beilegung der Verhältnisse zu gelangen. Notwendig erscheint mir auch, daß die Regierung die Initiative in Verhandlungen mit den Arbeitgeber- und Arbeitervereinigungen über die verträglichen Arbeits- und Lohnverhältnisse ergreift. Wir dürfen diese Sache nicht der Industrie Frankreichs und Deutschlands überlassen, sondern müssen auch hier zu Kontreter Schritten kommen, wenn wir nicht eines Tages von Diktatoren überlistet werden wollen. Wir müssen auch in der Frage der politischen Einrichtungen Kontreter werden, wenn wir die Unterkontrollstellung der Eisenbahnen im besetzten Gebiet, wie sie von der französischen und belgischen Regierung geplant ist, verhindern wollen. Wir dürfen uns nicht, wie in der letzten deutschen Note, darauf beschränken, auf die Red: des Reichskanzlers hinzuweisen, in der er über den Rheinpost sprach. Wir müssen auch hier konkrete Formulierungen geben, die insbesondere eine Beilegung der Verhältnisse am Rhein bringen sollen. Wenn man Bedenken wegen des Saargebietes hegt, dann hätte man in einem Nebenabkapitel feststellen können, daß ganz selbstverständlich das, was im Vertrag über das Saargebiet festgelegt ist, nicht von einem solchen Rheinpost berührt wird. Wir sind uns, glaube ich, alle darüber klar, daß das Ziel der Verhandlungen

die Bannung der Ruhr

in kürzester Zeit sein muß. (Lebhafte Zustimmung.) Die Franzosen müssen auf die Probe gestellt werden, ob es sich bei ihnen wirklich nur um eine Pfandnahme handelt, wie sie in jeder Note behaupten. Die Massenauflösungen zeigen, daß es sich nicht nur um ökonomische Fragen handelt, sondern daß machtpolitische Pläne dahinterstecken. (Lebhafte Zustimmung im ganzen Hause.) Die Rheinlandkommission hat sich in einer reinen Willkürinstanz entwickelt. (Erneute leb. Zustimmung im ganzen Hause.) Ich hoffe, daß das englische Unterhaus, das sich eben mit den Verhältnissen im Saargebiet beschäftigt hat, sich auch einmal mit der Rheinlandkommission befaßt. Ich glaube, daß in diesem Falle die englische Seite noch weit mehr engagiert ist als im Saargebiet. (Sehr richtig!) Die rheinische Bevölkerung hat in den letzten Wochen das Schwere ertragen, was jemals ein Volk im Frieden zu erdulden hatte. Wir danken ihr, daß sie sich trotzdem nicht zum

aktiven Widerstand verleiten ließ. Ich hoffe, daß die deutsche Regierung keinen Anteil hat an den Bewegungen und an den Leuten, die mit der Dynamik im besetzten Gebiet herumreisen. Mit solchen Leuten ist der rheinische Widerstand nicht gebend, und sie bringen nur die Gefahr neuer Bedrohungen für die rheinische Bevölkerung mit sich. (Lebh. Zustimmung.) Zum Schluß möchte ich noch zu betonen, daß die deutsche Note nicht in demselben Maße auf die Weltpropaganda ausgerichtet gewesen ist, wie die belgisch-französische. Zum Zwecke der Propaganda behauptete Herr Polonari, daß ein in Erwägung stehender deutscher und militärischer Wiederaufbau Deutschlands führen wird. Wenn man der Rede über die durch den Terrorismus der französischen Soldaten im besetzten Gebiet gefordert wird, den Weg verrateln will, soll man Frankreich endlich als gleichberechtigten Partner anerkennen und seine Souveränität achten. (Lebh. Zustimmung im ganzen Hause.) Als gleichberechtigtes Mitglied in der europäischen Völkergemeinschaft wird das deutsche Volk zur Erhaltung der Republik jedes Opfer bringen, das es irgendwie tragen kann. (Sehr wahr! links und in der Mitte.) In bezug auf die Verhältnisse wird die Zahl der Rheinlandkommission immer kleiner, aber die Zahl derer immer größer werden, die das deutsche Volk durch Verträge aus dem Jammertal herausführen wollen, in dem es der Weltkrieg gebracht hat. (Stürmischer Beifall bei den Soz.)

In der Debatte erließ
Abg. Leicht (L. Sp.) namens der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft, daß diese den gegenwärtigen Augenblick als nicht geeignet betrachtet, zu dem auf das deutsche Angebot eingegangenen Antworten im Reichstage Stellung zu nehmen. Die Arbeitsgemeinschaft lehnte es daher ab, sich an der parlamentarischen Aussprache zu beteiligen. (Lebhafte Zustimmung.) Sie spreche aber die vertrauensvolle Erwartung aus, daß die Reichsregierung den Weg gehen werde, der in dieser wichtigen Entscheidung notwendig sei. (Beifall bei der Arbeitsgemeinschaft — Wechselt bei den Kommunisten.)

Abg. Berg (Dm.) erklärt, daß bei allem Bunde, die einmal angeknüpften Fäden nicht endgültig abreißen zu lassen, man doch zu dem Resultat kommen müsse, daß durch die Antworten der Entlosten für die deutsche Regierung keine Möglichkeit zu einer neuen Note gegeben sei. Die Regierung könne unmöglich eine feste Summe nennen, da sich in den letzten Monaten die Verhältnisse so geändert hätten, daß das, was im Januar möglich war, im April nicht mehr durchgeführt werden könne. Der Kardinalpunkt sei, den Ruhrstreik durch Verhandlungen aus der Welt zu schaffen. Für uns könne es keine Rheinlandfrage, keine Frage der Internationalisierung der Eisenbahnen, aber auch kein Wiederleben der Wälder geben. Seine Partei sei zu den letzten Opfern bereit, aber sie wolle eine erträgliche Lösung, die uns das Leben lasse. In dem Augenblick, in dem die Regierung den Widerstand aufhebe, wird die deutsche nationale Partei in die entscheidende Opposition treten.

Minister des Auswärtigen v. Rosenberger

bedauert, im gegenwärtigen Augenblick keinen Fortschritt nicht auf dem Gebiet der auswärtigen Politik folgen zu können und teilt mit, daß die Regierung mit dem Ernst und der Sorgfalt, die der Wichtigkeit des Gegenstandes entsprechen, in die Prüfung der Antwortnote eingetreten sei. Das hohe Haus möge davon überzeugt sein, daß die Regierung sich ihrer schweren Verantwortlichkeit bewußt und nur von dem Wunsch erfüllt sei, den ihr, nach Pflicht und Überzeugung, das Interesse von Volk und Vaterland vorschreibt. — Dann folgen weitere Reden der von rechts und links.

Abg. Avenne (Komm.) spricht von der unmittelbar bevorstehenden Gefahr eines neuen Krieges, beschuldigt die deutsche Bourgeoisie, daß sie die Ruhrbesetzung zu einem Schachet mache, fordert die Aufhebung des Gebietsvertrages der kommunistischen Hundertschaften und erklärt, daß nur eine Arbeiterregierung Hilfe bringen könne, darum: Fort mit der Unsozialen Regierung!

Abg. Wulle (Deutschvölk.) schimpft über die deutsche Geheimdiplomatie, die schlimmer sei als zu Wilhelm's Zeiten und die, ohne das deutsche Volk zu fragen, vollendete Tatsachen schaffe, aber Leben und Tod entsetze und Noten ausbede, die politische Selbstmord sind. Die Diplomaten schauten unentwegt nach dem Westen,